

## Mitteilung an die Medien

### Bürgerbeteiligung in Bremen erweitern

Die 1. Bremer Beteiligungskonferenz hat einen umfangreichen Forderungskatalog an die Bremer Politik und Verwaltung zur Erweiterung von Bürgerbeteiligung in Bremen verabschiedet. Gut 90 Vertreter/innen von Beteiligungsinitiativen, aus der Verwaltung, aus Beiräten und von Parteien haben daran teilgenommen. Nach Abstimmung mit den Teilnehmern/innen der Konferenz hat das Netzwerk den Beschluss am 9.5.2018 veröffentlicht.

Im Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung arbeiten unterschiedliche Institutionen und Personen zusammen, wie z.B. die Bürgerstiftung, die Kinder- und Jugendstiftung, die Volkshochschule, das Lidice-Haus, Mitglieder aus Stadtteilbeiräten und Bürgerinitiativen. Wir organisieren Veranstaltungen, unterstützen Beteiligungsprojekte, treten als Lobby gegenüber Politik und Verwaltung auf, wenn es um Bürgerbeteiligung geht. Ein Fokus des Netzwerks betrifft die Einlösung eines Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft von Dezember 2013 (!), der im Übrigen auf Anstößen des Netzwerks beruht. Damals beauftragte die Bürgerschaft den Senat, ein umfassendes Konzept für Bürgerbeteiligung in Bremen vorzulegen. Das ist bislang nicht geschehen. Die Beteiligungskonferenz hat das scharf kritisiert und in einem Memorandum noch einmal die Eckpunkte für ein Konzept für eine erweiterte Bürgerbeteiligung in Bremen formuliert.

Dazu Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, einer der Sprecher des Netzwerks: „Der Senat hat den von der Bürgerschaft geforderten Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung immer noch nicht vorgelegt. Dabei sind konkrete Maßnahmen, wie sie die Beteiligungskonferenz fordert, schon jetzt möglich und umsetzbar, wie z.B. eine transparente Liste aller geplanten Vorhaben und überprüfbare, klare Kriterien, wann eine Bürgerbeteiligung stattfinden soll. Eine Beratungsstelle könnte dazu beitragen, Beteiligungsprozesse konstruktiv zu planen und durchzuführen. Das alles ist realistisch und machbar.“

In der Anlage finden Sie das Memorandum sowie den Beschluss der Bürgerschaft.

**Nähere Auskünfte erteilt Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Bürgerstiftung Bremen,**

**Telefon 70 75 20 sowie [umueckenberger@t-online.de](mailto:umueckenberger@t-online.de)**

Bremen, 11.5.2018